



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Leistbaren Wohnraum schaffen – sozialen Zusammenhalt stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Um den Wohnungsbau im Freistaat Bayern anzukurbeln, wird die Staatsregierung aufgefordert:

- für die staatliche Wohnraumförderung bereits ab dem Entwurf des Nachtragshaushalts 2018 jährlich mindestens 350 Mio. Euro aus dem bayerischen Staatshaushalt einzuplanen und bei der Förderung den Schwerpunkt auf sozial gebundenen Mietwohnungsbau zu legen,
- den Wohnungspakt Bayern über 2019 hinaus fortzuführen und mit ausreichend Mitteln auszustatten,
- sich auf Bundesebene für die Fortführung der Kompensationszahlungen für die Wohnraumförderung über 2019 hinaus einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für steuerliche Anreize einzusetzen, die die Investitionsbereitschaft gezielt auf den leistbaren Mietwohnungsbau lenken.

Begründung:

Seit der Föderalismusreform 2006 tragen die Länder die ausschließliche Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung. Als Ausgleich für den Wegfall der Bundesfinanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung erhält der Freistaat Bayern noch bis einschließlich 2019 jährlich Kompensationsmittel vom Bund. Doch die Staatsregierung kommt der übertragenen Verantwortung bei der sozialen Wohnraumförderung nicht ausreichend nach. Die Landesmittel stagnieren seit Jahren auf niedrigem Niveau. Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind die Landesmittel für den Wohnungsbau sogar eklatant gekürzt worden. Und auch der Wohnungspakt Bayern bleibt beim dringend notwendigen Mietwohnungsbau weit hinter seinen ambitionierten Zielen zurück. Von den jährlich geplanten 7.000 neuen Mietwohnungen konnte im letzten Jahr gerade mal die Hälfte fertiggestellt werden. Der Soziale Mietwohnungsbau muss deshalb nachhaltig und langfristig gestärkt werden, um alle Menschen im Freistaat Bayern mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.